

DER ÖKONOMISCHE GASTKOMMENTAR

Wir dürfen Griechenland nicht im Stich lassen

Seit Jahren haben Otmar Issing und ich mit aller Kraft gemeinsam daran gearbeitet, den Euro zum Erfolg zu führen. Ich glaube, das ist uns gelungen. Wir haben nur selten Differenzen gehabt, und wenn das der Fall war, dann war ich manchmal der Falke. Jetzt in der Griechenland-Krise haben die Staats- und Regierungschefs der EU erklärt, sie würden "entschiedene und koordinierte Maßnahmen ergreifen, falls nötig, um die Stabilität in der Euro-Zone zu gewährleisten". Ich habe dieses Statement begrüßt, Otmar hat es verurteilt.

Es gibt viele Szenarien, wie sich diese Krise entwickeln könnte. Im besten Fall gibt es ein politisches Paket, das die Papandreu-Regierung akzeptiert und die Bevölkerung voll unterstützt, das die Defizite abbaut und das Vertrauen der Investoren wiederherstellt. Im schlimmsten Fall geht Griechenland pleite, es gibt einen Dominoeffekt, der andere Länder kollabieren lässt und zum Auseinanderbrechen der Euro-Zone führt. Dazwischen liegen viele, wahrscheinlichere Szenarien.

In einem Klima der Furcht können Märkte ebenso blind und zerstörerisch wirken wie Naturkatastrophen. Sie können dann nicht mehr unterscheiden zwischen Irrtum und Untadeligem, zwischen Griechenland und der Außenwelt. Wir könnten schon bald an dem Punkt ankommen, an dem Untätigkeit eine Katastrophe für uns alle bedeutet. In der Tat sind wir so nahe an solch einem Punkt, dass die Erklärung der EU sehr vernünftig war. Wenn sie jetzt nicht handeln, könnten rechtschaffene, aber kurzsichtige Länder ihrer eigenen Stabilität einen heftigen Schlag versetzen. Wir brauchen jetzt nicht Altruismus, sondern aufgeklärtes Selbstinteresse.

Issing sagt richtigerweise, die griechische Krise sei keine Naturkatastrophe, sondern von Menschenhand herbeigeführt. Einige dieser Hände liegen außerhalb Griechenlands, weil alle EU-Staaten die Verantwortung dafür tragen, dass nicht genügend Gruppenzwang ausgeübt und der Kommission ausreichend Macht und Unabhängigkeit verwehrt wurde - das schließt eine ernsthafte Kontrolle der Statistiken mit ein. Aber die meiste Verantwortung lastet sicherlich auf griechischen Schultern.

Folgt daraus, dass ein Kollaps nur Griechenland treffen würde? Oder dass "entschiedene und koordinierte Maßnahmen" die Euro-Zone schlimmer belasten würden als ein Bankrott Griechenlands? Offensichtlich nicht. Issing ist denn auch vorsichtig genug, nicht das Gegenteil zu behaupten, auch wenn seine Leser das leicht glauben könnten. Niemand kann mit Gewissheit beweisen, dass ein griechischer Staatsbankrott für jene außerhalb Griechenlands volkswirtschaftlich vorteilhafter wäre als "entschiedene und koordinierte Maßnahmen". Hier gibt es wohl auch kaum eine ökonomische Meinungsverschiedenheit zwischen uns.

Warum sollte die EU nicht einspringen, um die beste aller Lösungen zu erzielen? Weil sie keine politische Union sei, lautet die erstaunliche Antwort - erstaunlich auch, weil sie implizit nationale Rettungsaktionen befürwortet. Der Meinungsunterschied betrifft daher die Politik. Es stimmt, die Währungsunion ist vor der politischen Union zustande gekommen. Ich selber habe vor Jahren von einer "Währung ohne Staat" gesprochen, um diese Einzigartigkeit zu verdeutlichen und das Risiko zu unterstreichen, dass die EZB zu freudig Einsamkeit mit Unabhängigkeit verwechselt.

Aber ein Versprechen, dass es niemals eine politische Union geben werde, gab es nicht. Ganz im Gegenteil, die Gründungsväter betrachteten den Euro als Vorstufe zur politischen Union, auch wenn sie wenig über die technischen Argumente dafür wussten. All jene, die damals gegen eine Währungsunion argumentierten, "weil es keine Währungsunion ohne politische Union geben könne", sollten eine politische Union jetzt begrüßen, da sie an die Tür klopft und Einlass verlangt.

Welche Maßnahmen sollen folgen? Das Spektrum reicht vom Druckausüben bis zur Liquiditätshilfe, vom Geldleihen bis zu Geschenken. In dieser Krise haben wir überall gute und schlechte Politik erlebt.

Es läuft alles darauf hinaus: Wir müssen Griechenland unterstützen, nicht es beschenken. Die EU hat sich bisher nur vage geäußert, wie sie aktiv werden will. Jede heikle Verhandlung beinhaltet ein gewisses Maß an Mehrdeutigkeit und Undurchsichtigkeit.

Wir müssen den Bürgern verdeutlichen, dass kein Land mehr volle Souveränität besitzt: Griechenland aufgrund seiner Verfehlungen nicht, doch auch Deutschland nicht wegen seiner Offenheit - eine Hauptquelle des Wohlstands. Neben Glück brauchen wir jetzt vor allem aufgeklärte politische Führung, unterstützt durch klugen ökonomischen Rat. Vor allem in Athen, aber auch in Brüssel, Berlin, Paris und jeder anderen europäischen Hauptstadt.

Der Autor ist Präsident von Notre Europe und ehemaliger italienischer Finanzminister. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

(c) Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.